

OP 12.12
2019

„Keine Diskussionsgrundlage“

Hans-Memling-Schule: Fortsetzung einer grenzwertigen Geschichte

VON MICHAEL HOFMANN

Seligenstadt – Es bleibt dabei: Mit einer repräsentativen Bürgerbefragung belässt die Seligenstädter Stadtverordnetenversammlung die Entscheidung über die künftige Nutzung der leerstehenden früheren Hans-Memling-Schule (HMS) in den Händen der Bürger. Und ja, es bleibt auch bei drei Optionen, obwohl zwischenzeitlich zwei miteinander verschmolzen wurden.

Wer denkt, die von unserem ewig grinsenden Finanzminister Olaf Scholz (SPD) ausgekasperte Idee „Finanztransaktionssteuer zur Finanzierung der Grundrente“ sei eine von allen Seiten vernagelte und kaum zu durchschauende Angelegenheit, den wird die neueste Episode des komplett aus dem Ruder gelaufenen Meinungsbildungsprozesses rund um die Zukunft der früheren Seligenstädter Hans-Memling-Schule womöglich an seine Grenzen bringen.

Am Sitzungs-Montag fanden die inzwischen hinlänglich bekannten Aufführungen des ganz normalen HMS-Wahnsinns vor spärlichem Zuschauerinteresse ihre Fortsetzung. So lehnte die Koalitionsmehrheit aus SPD, FDP und FWS einen Grünen-An-



Hans-Memling-Schule: Ganz normaler Wahnsinn. FOTO: MHO

trag ab, den Bürgerbefragungs-Beschluss vom August - eine Idee der Koalition mit Unterstützung der CDU-Opposition - aufzuheben und an neue Gegebenheiten anzu-

passen. Immerhin hatten sich der Verein Freunde der HMS und der SPD-Ortsverein, die je ein eigenes Konzept zur HMS-Nutzung vorlegten (wir berichteten x-fach), Ende September auf einen gemeinsamen neuen Nutzungsvorschlag („Hans-Memling-Haus - Kultur.Bildung.Begegnung“) verständigt.

Ebenso wenig Erfolg hatte freilich die CDU-Fraktion mit ihrem „Ergänzungsantrag“, demzufolge der August-Beschluss ebenfalls aufzuheben, dafür aber der gemeinsame Nutzungsvorschlag gleich als Kompromiss zu beschließen sei. Damit, so CDU-Fraktionschef Joachim Bergmann, könne mit der Umsetzung kurzfristig begonnen werden, auch ließen sich die Kosten für die Bürgerbefragung einsparen. Doch auch diese Idee war nach namentlicher Abstimmung vom Tisch.

Zu Beginn hatte vor allem die CDU den Finger in die noch blutende SPD-Wunde gelegt, deren Ortsvereinsspitze um Vorsitzenden Reiner Stoll Ende Oktober - neun Frauen/Männer hoch - nicht zuletzt ob der HMS-Meinungsverschiedenheiten und aus Protest gegen die Fraktionsspitze Heide Wolf/Rolf Wenzel zurückgetreten war. Den „Zoff“, so Bergmann, habe die neue SPD-Fraktions-

vorsitzende Nicole Fuchs mit ausgelöst, da sie in den damaligen Verhandlungen des Ortsvereins mit den HMS-Freunden an führender Stelle mitgewirkt habe. Doch habe die SPD-Fraktion diesen Kompromiss einfach nicht in den parlamentarischen Geschäftsgang eingebracht. Obwohl, wie CDU-Kollege Johannes Zahn mutmaßte, „der bisherige Ansatz ja nicht mehr aktuell war.“

Der neue SPD-Co-Fraktionsvorsitzende Marius Müller räumte ein, dass es sich beim gemeinsamen Nutzungsvorschlag um eine Initiative seines Ortsvereins und eines Fraktionsmitglieds gehandelt habe, doch habe diese Idee keine Mehrheit in der Fraktion. „Es ist immer noch richtig, die Bürger zu beteiligen und zu befragen.“ Die SPD und damit die Koalition stehe geschlossen hinter der Bürgerbefragung. An die CDU gerichtet sagte Müller, sie wolle mit ihrem Ergänzungsantrag den Bürgerbefragungsbeschluss aufheben, den sie selbst mitbeschlossen habe.

Unterstützung fand Müller bei FWS-Chef Jürgen Kraft: „Wir stehen zur Bürgerbefragung und lehnen den CDU-Antrag ab. Wenn schon ein Objekt mit so viel Geld saniert wird, dann muss die Stadt Regie führen. Dann

muss sie das Sagen haben.“ Der Kompromissvorschlag SPD-Ortsverein/HMS-Freunde sei dagegen „keine Diskussionsgrundlage.“ Auch für FDP-Politiker Christian Bengs ist die Bürgerbefragung „absolut unverzichtbar“, zudem sei es folgerichtig und logisch, dass geprüfte Konzepte zur Disposition stünden „und nicht Bruchstücke von Konzeptvarianten, angereichert mit gänzlich ungeprüften Nutzungsaspekten“.

Bei drei Varianten, so Grünen-Politikerin Adina Biemüller, genügten 34 Prozent, um ein Konzept durchzusetzen. „Selbst wenn sich 40 Prozent für die Variante Privatschule entscheiden würden, wären trotzdem noch 60 Prozent für eine Nutzung, bei der Bildung und Kultur die Hauptbestandteile sind“. Die Grünen, so Biemüller weiter, akzeptierten nicht, dass Zeit und Geld für die Umsetzung einer Befragung verschwendet werden soll, „obwohl allen Beteiligten klar sein müsste, dass es keinen Sinn macht, über drei Varianten abzustimmen, wenn es nur noch zwei Varianten gibt.“ Da die Koalition keine Lösung gefunden habe, unterstützte ihre Fraktion - vergeblich - den CDU-Antrag.

Dazu auch: Alles begann mit einem Sieg vor Gericht